

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 32	S0482/21	30.11.2021
zum/zur		
A0229/21 – Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz		
Bezeichnung		
Sichere Landeshauptstadt Magdeburg		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		07.12.2021
Ausschuss für kommunale Rechts- und		20.01.2022
Bürgerangelegenheiten		
Verwaltungsausschuss		21.01.2022
Finanz- und Grundstücksausschuss		26.01.2022
Stadtrat		24.02.2022

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Stadtordnungsamt und der Stadtwache, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, ein Konzept für mehr Sicherheit in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erstellen. Je Stadtteil ist eine Bürgerversammlung durchzuführen, um Schlüsse aus den Berichten der Bewohnerinnen und Bewohner zu ziehen.

Wir bitten um Überweisung in den Finanzausschuss, den Verwaltungsausschuss und den Ausschuss für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten.

Zum Antrag A0229/21 - Sichere Landeshauptstadt Magdeburg - nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Im Sinne des vorliegenden Antrages wurde in den Stellungnahmen S0186/18 (Gartenpartei) und S0097/20 (Gartenpartei) sowie S0288/20 (AfD) und zuletzt S0330/21 (CDU) ausführlich berichtet. Die Anträge A0252/20 (AfD) zur Problemlage im Moritzquartier sowie A0110/21 zum Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt wurden vom Stadtrat abgelehnt.

Weiterhin wird verwiesen auf das Maßnahmenpapier Neue Neustadt (Stand 09/2018) gemäß DS0472/99. Zwei dort genannte Projekte des Bereiches Soziales, Jugend und Gesundheit sind nach wie vor aktiv und werden weiterhin gefördert, ein Streetwork-Konzept ist zwischenzeitlich erarbeitet worden. Die weitere Fortschreibung des Maßnahmenpapiers aus stadtplanerischer Sicht ist zurzeit nicht erforderlich.

Pauschale Behauptungen auf erhebliche Probleme im Stadtteil Neue Neustadt und Hinweise aus anderen Stadtteilen auf ähnliche Probleme können nicht nachvollzogen werden.

Bürgerversammlungen, Einwohnerversammlungen und Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit, an denen sich Bürger*innen aktiv beteiligen, werden bereits jetzt regelmäßig in wechselnden Stadtteilen veranstaltet.

Bereits heute werden Hinweise der Bürger*innen auf Missstände in konkreten Einzelfällen durch den ordnungsamtlichen Außendienst geprüft und entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung eingeleitet. Insbesondere im Themenzusammenhang "Sicherheit" besteht auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und dem Polizeirevier Magdeburg eine enge Zusammenarbeit. Als Baustein der Kommunalen Kriminalprävention wird dieses Pilotprojekt im Jahr 2022 evaluiert.

Holger Platz